



Wir stehen
für Sicherheit



Wie unterstützen wir
unsere **Polizei**?

Wie schützen wir uns vor
islamistischem **Terror**?

Wie gehen wir gegen
Gefährder vor?

Was tun wir gegen
Wohnungseinbrüche?

Wie greifen wir gegen
straffällige Ausländer durch?

Wie bekämpfen wir
organisierte **Kriminalität**?



» In dieser Zeit, in der sich die Menschen nach persönlicher Sicherheit sehnen, ist es umso wichtiger, dass wir konkrete Antworten geben. «

Gerda Hasselfeldt

Vorsitzende der CSU-Landesgruppe im Deutschen Bundestag



Wie unterstützen
wir unsere Polizei?


The background of the page features a close-up, slightly blurred image of a police officer's face and uniform. The officer is smiling, and a portion of a dark blue uniform with a gold and blue badge is visible on the left side. The badge has the word 'POLIZEI' and a crest. The overall tone is professional and positive.

Wir schaffen tausende neue Stellen und sorgen für bessere Ausrüstung

Wir haben die Stellen bei Bundespolizei, Bundeskriminalamt und Bundesamt für Verfassungsschutz in dieser Wahlperiode massiv aufgestockt – allein bei der Bundespolizei werden bis zum Jahr 2020 insgesamt 7.500 neue Stellen geschaffen.

Auch haben wir die Ausstattung der Sicherheitskräfte deutlich verbessert: Hierfür werden bis 2020 mehr als zwei Milliarden Euro zusätzlich bereitgestellt. Die Bundespolizei erhält mobile Kameras, sogenannte Bodycams, um sich besser zu schützen und die Strafverfolgung zu erleichtern. Es wurde eine neue Anti-Terror-Einheit aufgebaut, die in akuten Bedrohungssituationen zum Einsatz kommen soll.

Da der Bund nur für die Bundespolizei zuständig ist, müssen die Länder ihrer Verantwortung ebenfalls nachkommen. Sie sollten ihre Polizeikräfte entsprechend aufstocken – nach dem Vorbild Bayerns.

A photograph of a person's hands at a computer workstation. The person is wearing a black watch and a ring. The workstation includes a monitor displaying a software interface with various data fields and buttons, a keyboard, and a printer. A receipt is being held by the person's hands, and a finger is pointing at it. The background shows a white desk and some office equipment.

Wie verbessern wir die
Zusammenarbeit der
Sicherheitsbehörden?



Wir sorgen für besseren Informationsaustausch

Sowohl auf nationaler als auch auf internationaler Ebene haben wir die Zusammenarbeit der Sicherheitsbehörden verbessert: Wir schaffen die Rechtsgrundlagen für einen besseren Informationsaustausch zwischen den Sicherheitsbehörden in Europa. Geplant sind die Einrichtung eines Ein- und Ausreiseregisters auf europäischer Ebene. Zudem werden künftig die Fluggastdaten erfasst und können von den Sicherheitsbehörden verwendet werden.

Das europäische Zentrum zur Terrorismusbekämpfung wurde ausgebaut, und die europäische Grenzschutzagentur Frontex erhält mehr Befugnisse und zusätzliches Personal. Auch haben wir bei den Grenzkontrollen die Zusammenarbeit mit Österreich und der Schweiz intensiviert.

Mit unserem Anti-Terror-Paket haben wir die Erhebung und den Austausch von Daten der Sicherheitsbehörden des Bundes und der Länder verbessert.



Wie schützen wir
unsere Polizei und
Rettungskräfte?

Wir sorgen für härtere Strafen bei Gewalt

Angriffe auf Polizisten, Rettungskräfte und Feuerwehrleute müssen härter bestraft werden. Es ist ein Unding, dass der Respekt gegenüber Menschen, die anderen in Notsituationen helfen, immer mehr abnimmt. Mehr als 64.000 Übergriffe auf Polizisten wurden allein im Jahr 2015 gemeldet, wobei beispielsweise Rettungskräfte oder Mitarbeiter des THW noch nicht inbegriffen sind.

Mit einer Gesetzesverschärfung werden wir auch gewalttätige Angriffe bei allgemeinen Diensthandlungen härter bestrafen, zum Beispiel bei Streifengängen oder bei Unfallaufnahmen: Es drohen bis zu fünf Jahre Haft. Das ist nicht zuletzt ein Ausdruck der Wertschätzung, die wir den Menschen entgegenbringen, die für die Durchsetzung von Recht und Gesetz ihren Kopf hinhalten.



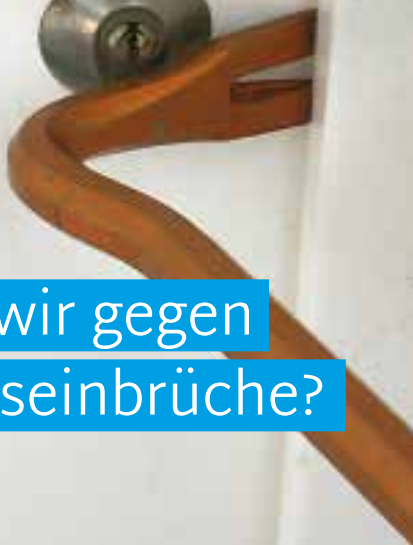
Wie bekämpfen
wir organisierte
Kriminalität?

Wir gehen stärker gegen Geldwäsche und die Hintermänner vor

Um die Finanzquellen der organisierten Kriminalität auszutrocknen, verstärken wir den Kampf gegen Geldwäsche. So verschärfen wir den Tatbestand der Geldwäsche und sanktionieren Verstöße drastischer. Auch kann das Vermögen, das aus kriminellen Taten stammt, künftig leichter eingezogen werden.

Mit einem geplanten Transparenzregister lassen sich Hintermänner und Nutznießer leichter finden. Zudem haben wir im Telekommunikationsbereich die Speicherpflicht für Verbindungsdaten wieder eingeführt, auf die bei besonders schweren Straftaten zugegriffen werden kann.

Mit dem IT-Sicherheitsgesetz schützen wir außerdem unsere Strom-, Wasser- und Nahrungsmittelversorgung und den Finanzsektor – die sogenannte kritische Infrastruktur – vor Cyber-Angriffen.



Was tun wir gegen
Wohnungseinbrüche?

Wir schieben Einbrechern einen Riegel vor

Die Zahl der Einbrüche in Deutschland ist seit Jahren gestiegen – wenn auch regional unterschiedlich. Wir setzen mit Prävention und Abschreckung dagegen.

So werden Umbaumaßnahmen zum Schutz vor Einbrüchen mit einem Zuschuss der Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) gefördert – künftig bereits ab 500 Euro Investitionssumme. Bislang galt dies erst ab 2.000 Euro. Insgesamt stehen dafür 50 Millionen Euro pro Jahr zur Verfügung.

Um Einbrecher abzuschrecken, treten wir für härtere Strafen ein: So planen wir, die Mindeststrafe für Wohnungseinbrüche auf ein Jahr Haft anzuheben. Und wenn wir internationalen Banden in technischer Hinsicht nicht hinterher hinken wollen, muss bei Einbrüchen generell eine Telekommunikationsüberwachung und Verbindungsdatenerhebung möglich sein.




Wie schützen wir uns
vor islamistischem
Terror?

Wir engen die Handlungsspielräume der Terroristen ein

Um Anschläge radikaler Islamisten zu verhindern, haben wir neben der besseren Ausstattung der Sicherheitsbehörden die Vorbereitungshandlungen umfassend unter Strafe gestellt. Mehrere islamistische Vereine wurden verboten, darunter auch der Salafisten-Verein, der den Koran in Fußgängerzonen verteilt hat.

Schon Reisen in terroristische Ausbildungslager sind jetzt strafbar. Dschihadisten kann zudem Reisepass und Personalausweis entzogen werden. Wir erschweren die Möglichkeit, unerkannt einreisen zu können: Durch die Wiedereinführung von Grenzkontrollen, die rasche Registrierung in Grenznähe, eine zentrale Datenbank und einen einheitlichen Ausweis für Asylbewerber können Mehrfachidentitäten eingedämmt werden. Mit der Identifizierungspflicht beim Kauf von Prepaid-Karten verhindern wir, dass Terrorverdächtige mit wechselnden Handys anonym kommunizieren.

A close-up photograph of a person's hand holding a black handgun. The hand is positioned on the left side of the frame, with the thumb and index finger gripping the handle. The handgun is oriented vertically, with the barrel pointing upwards. A prominent feature is a red dot sight mounted on the slide. Below the red dot, there is a small, light-colored rectangular area with some faint, illegible markings. The background is blurred, showing a light-colored surface, possibly a wall or a piece of fabric. The overall lighting is soft and even.

Wie gehen wir gegen
Gefährder vor?

Wir überwachen sie mit Fußfesseln und erleichtern die Abschiebehaft

Das Bundeskriminalamt (BKA) soll wichtige Befugnisse erhalten, die die Überwachung von Gefährdern erheblich erleichtern. Unter anderem soll das BKA für Gefährder Aufenthalts- und Kontaktverbote erlassen und diese mit Hilfe einer elektronischen Fußfessel überwachen können. Das ist ein wichtiger und richtiger Schritt im Kampf gegen den Terrorismus! Wir appellieren aber auch an die Länder, entsprechende Regelungen in ihren Polizeigesetzen zu schaffen.

Außerdem wollen wir einen neuen Haftgrund für Gefährder einführen. So sollen Ausreisepflichtige in Abschiebehaft genommen werden können, von denen eine erhebliche Gefahr für die Sicherheit ausgeht. Darüber hinaus soll der Ausreisegewahrsam verlängert werden.




Wie greifen wir
gegen straffällige
Ausländer durch?

Wir weisen straffällige Ausländer schneller und konsequenter aus

Deutschland ist ein Staat des Rechts und der Sicherheit. Wer schwere Straftaten begeht, hat sein Gastrecht verwirkt und muss unser Land verlassen – ohne Wenn und Aber. Daher haben wir bei Straftaten gegen das Leben, bei Körperverletzung, Sexualstraftaten, Eigentumsdelikten und bei Widerstand gegen die Staatsgewalt das Ausweisungsrecht verschärft. Straffällige Asylbewerber und Ausländer können demnach bereits ausgewiesen werden, wenn sie zu einer Freiheitsstrafe verurteilt werden – unabhängig davon, ob die Strafe zur Bewährung ausgesetzt oder eine Jugendstrafe verhängt wurde.

Verurteilte Extremisten sollen zudem künftig ebenfalls mit einer elektronischen Fußfessel überwacht werden können.

A low-angle photograph of a utility pole against a bright blue sky with scattered white clouds. The pole is equipped with two security cameras, one on each side, and two floodlights, also on each side. The cameras are mounted on horizontal arms extending from the pole. The floodlights are rectangular and have a textured lens. The pole itself is a dark, weathered metal. The overall scene suggests a focus on surveillance and public safety.

Wie verbessern wir
die Aufklärung von
Straftaten?

Wir setzen auf mehr Videoüberwachung

Es darf nicht sein, dass unsere Sicherheitsbehörden auf zufällig vorhandene private Aufnahmen zur Aufklärung von Straftaten angewiesen sind. Deshalb haben wir den Einsatz der Videoüberwachung an öffentlich zugänglichen Anlagen wie Einkaufszentren und Sportstätten für die Betreiber solcher Anlagen erleichtert. Dadurch können Straftaten leichter aufgeklärt werden. Zudem dient die Videoüberwachung auch der Abschreckung von potentiellen Tätern.

Für uns gilt: Wir schützen die Opfer, nicht die Täter. Die Speicherung der sogenannten Verbindungsdaten wurde wieder eingeführt. Daten – wie zum Beispiel die Rufnummer, Zeitpunkt und Dauer eines Anrufes – werden von Telekommunikationsunternehmen für zehn Wochen gespeichert. Bei schweren Straftaten haben Staatsanwaltschaften die Möglichkeit, unter engen Vorgaben auf diese Daten zuzugreifen.

Impressum

Herausgeber

CSU-Landesgruppe im Deutschen Bundestag
Max Straubinger MdB · Parlamentarischer Geschäftsführer

Redaktion

Linda Dietze, Jutta Lieneke-Berns

Kontakt

Platz der Republik 1 · 11011 Berlin
T 030 227-51999
csu-landesgruppe@cducsu.de

Bildnachweise

picture alliance (pa)/dpa (6), pa/SZ Photo (1), pa/ZB (1),
pa/blickwinkel (1), Henning Schacht (1), Bundespolizei (1)

Stand

März 2017

Diese Veröffentlichung der CSU-Landesgruppe dient ausschließlich der Information. Sie darf während eines Wahlkampfes nicht zum Zweck der Wahlwerbung verwendet werden.

